



**N I E D E R S C H R I F T**

**zum öffentlichen Teil**

**der 8. Sitzung des Integrations- und Ausländerbeirates (AB/008/2015)**

**am Dienstag, 6. Oktober 2015,**

**17:00 Uhr**

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 4, 4. Etage, Raum 13,  
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 19:55 Uhr

**Anwesend:**

Vorsitzender

Dr. Hussein Hasham Jinah

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Angelika Malberg (bis 19:15 Uhr)  
 Dr. Helfried Reuther (bis 19:30 Uhr)  
 Hans-Jürgen Muskulus  
 Kathrin Bastet  
 Tina Siebeneicher (bis 19:40 Uhr)  
 Vincent Drews  
 Dirk Taphorn

stimmberechtigte Mitglieder mit Migrationshintergrund

Truong Binh Bui  
 Maria Elena Domingo San Juan  
 Rustam Maks  
 Dr. Md Shahinur Rahman (17:30 - 19:30 Uhr)  
 Yujie Yao  
 Halyna Yefremova

**Abwesend:**

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Kerstin Wagner  
 Jens Genschmar

stimmberechtigte Mitglieder mit Migrationshintergrund

German Levenfus entschuldigt  
 Dr. Asad Mamedow entschuldigt  
 Dr. Juri Tsoglin  
 Viktor Vincze entschuldigt

**Verwaltung:**

Frau Winkler Integrations- und Ausländerbeauftragte  
 Frau Joseit Büro der Gleichstellungsbeauftragten  
 Herr Hilbert Oberbürgermeister  
 Frau Thomas Büroleiterin OB  
 Frau Dr. Cordts Leiterin des Sozialamtes  
 Herr Lippmann Leiter des Jugendamtes

**Gäste:**

Herr Diedrichs

Herr Alwan

Frau Bötzel

Frau Gunke-Etzold

Frau Dorst

Herr Rokasky

SMI, Leiter der Stabsstelle Asyl

SMI, Stabsstelle Asyl

Bürgerbüro Dr. Eva-Maria Stange

Bürgerin

Bürgerin

AMS mbH/VSBI

**Schriftführer/-in:**

Frau Richter

Stadtratsangelegenheiten

## T A G E S O R D N U N G

### Öffentlich

- 1 Situation der Asylsuchenden und Flüchtlinge in Dresden
- 2 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
- 3 Vorstellung des Oberbürgermeisters Dirk Hilbert
- 4 Errichtung eines Wohnheims für besondere Bedarfsgruppen als öffentliche Einrichtung gemäß § 7 Abs. 4 Buchstabe I der Hauptsatzung i. V. m. § 10 Abs. 2 der SächsGemO (Sächsische Gemeindeordnung) im Objekt „Försterlingstraße 20“ in 01259 Dresden, Gemarkung Laubegast, Flurstück Nr. 513 **V0532/15  
beratend**
- 5 Informationen und Sonstiges

## öffentlich

**Herr Dr. Jinah** begrüßt die Beiratsmitglieder, Verwaltungsmitarbeiter und Gäste. Er stellt die Beschlussfähigkeit des Gremiums bei 12 anwesenden Mitgliedern sowie dessen form- und fristgemäße Ladung fest.

Zu Beginn der Sitzung bittet er die Mitglieder aus gegebenem Anlass, die Nutzung von Mobiltelefonen auf ein Minimum zu beschränken und die allgemein gültigen Beratungsregeln einzuhalten.

Der Integrations- und Ausländerbeirat nimmt die Tagesordnung einvernehmlich zur Kenntnis.

### 1 Situation der Asylsuchenden und Flüchtlinge in Dresden

Zu diesem TOP sind Herr Diedrichs, Leiter der Stabsstelle Asyl, sowie Herr Bashar Alwan, Mitarbeiter der Stabsstelle, anwesend.

**Herr Diedrichs** informiert:

- Stabsstelle Asyl im Sächsischen Staatsministerium des Innern im März 2015 eingerichtet
- hat Aufgabe, Aktivitäten im Asylbereich zwischen den Ressorts zu koordinieren und Frage der Unterbringungsplanung zu steuern
- zu Beginn laut Prognose des BAMF von 250.000 Erstantragstellern in 2015 für Deutschland ausgegangen
- diese Prognose Grundlage für Planung der Länder für Unterbringung und Prozesse
- auf der Basis Unterbringungs-/Kapazitätsbedarf von 2.400 Plätzen für Sachsen ermittelt und geplant
- Anfang Mai 2015 neue Prognose BAMF: 400.000 Erstantragsteller in 2015 für Deutschland, bedeutet nach Königssteiner Schlüssel 20.000 Erstantragsteller in Sachsen für gesamtes Jahr -> darauf Unterbringungs-/Kapazitätsbedarf von 3.800 Plätzen abgeleitet und mit Planung im Sommer von 5.000 Plätzen unterlegt
- in der Zwischenzeit nicht erwarteter hoher Zugang an Asylbewerbern -> darauf erneute Anpassung der Prognose durch BAMF am 19.08.2015 auf 800.000 Erstantragsteller in 2015 bundesweit
- darauf Kabinettsbefassung und Gespräch mit Landräten und Oberbürgermeistern
- aus Prognose Bedarf von 10.000 Plätzen abgeleitet, Planung auf 13.500 Erstantragsteller in Sachsen erhöht
- aufgrund hohen Zugangs bereits im Juli Zeltstadt an der Bremer Straße errichtet
- durch Entscheidung, Zugang aus Ungarn zu ermöglichen, habe Zugang eingesetzt, der alles bis dahin Bekannte übertroffen habe, allein im Zeitraum vom 05.09. bis zum gestrigen Tage 322.800 Flüchtlinge in Deutschland verzeichnet
- damit sei klar, dass auch Prognose vom August 2015 nicht mehr genüge

- Zugangszahlen im September 2015 habe alle Verwaltungen in Deutschland in Ausnahmesituation gebracht (Polizei, Grenzübergänge, Ersterfassung), Identität konnte nicht mehr nach vorgesehenen Regeln erfolgen
- viele, die kämen, seien weder ZAB-registriert noch von der Bundespolizei ordnungsgemäß erfasst -> das sei Grund, weshalb Bundesregierung Wiedereinführung der Grenzkontrollen vor etwa zwei Wochen verfügt habe
- trotzdem Zugang nach Deutschland unverändert hoch - täglich kommen etwa 5.000 – 10.000 Personen nach Bayern -> Verteilung auf Länder nach Königsteiner Schlüssel (5 % für Sachsen) durch eine Koordinierungsstelle des Bundes, die seit zwei Wochen in München arbeite
- aktuell täglicher Zugang in Sachsen: 500 bis 700 Personen:  
Regelzugangszahlen 200 bis 250 Personen, die ein Ticket aus dem EASY-System haben, sich in Sachsen zu melden, plus die im Deutschlandausgleich ad hoc zugeteilten Personen aus Bayern von 5 % von regelmäßig 400 bis 500 Personen -> folglich arbeiten in Ausnahmesituation
- die Unterbringungsplätze am heutigen Tag auf 14.000 ausgeweitet -> enorme Kraftanstrengung, dabei Unterbringungssituation nicht immer zufriedenstellend
- Bremer Straße am heutigen Tag mit 501 Personen belegt, bereits um 950 reduziert, nach anderweitiger Unterbringung der verbliebenen Personen Errichtung fester Unterkunft in Fertigbauweise
- andere Zelte, wie auf der Strehleiner Straße müssten über den Winter hinweg betrieben werden, seien beheizbar -> Behelfslösung wie auch die zahlreichen Turnhallen, z. B. Nöthnitzer Straße
- aufgrund Zugangszahlen -> Abverteilung in kommunalen Bereich von 500 auf 1.000 Personen pro Woche erhöht -> folglich auch Enge im kommunalen Bereich -> Nutzung von Behelfslösungen -> mit hohem kommunikativen Aufwand verbunden, um Einwohner „mitzunehmen“
- auf Bundesebene Gesetzgebungsinitiative mit verschiedenen Neuregelungen, u. a. Absenkung von Standards und Senkung von Anreizen der Zuwanderung, Erweiterung Liste sicherer Herkunftsländer, Hilfe bei Baustandards, um Versorgung mit Unterkünften zu erleichtern
- „Fahren derzeit auf Sicht“, bisherige Planungsprognosen des BAMF innerhalb kürzester Zeit überholt; wissen nicht, wie es mit Zugängen weitergeht
- zurzeit führen tägliche Zugänge alle Beteiligte an Grenzen der Leistungsfähigkeit (Unterbringungskapazitäten und Verwaltungsprozesse), fehle Zeit, Verwaltung wieder aufzubauen, um mit Entwicklung Schritt zu halten
- wenn Zugangszahlen so bleiben, dann etwa 1,5 Mio. Personen in 2015 -> schwierig, damit umzugehen
- Finanzierung:
  - solange Flüchtlinge im Land untergebracht, kommt Land für Leistungen auf (Unterbringung, Transfer- und Sachleistungen)
  - bei Übergabe an Kommune Pauschalzahlung, um entstehende Kosten (Unterbringung und Verpflegung) auszugleichen
  - seitens der Kommunen Pauschale teilweise als nicht ausreichend betrachtet, derzeit 1.900 Euro/Quartal
  - Pauschale 2015 erhöht durch pauschalen finanziellen Ausgleich von 43 Mio. EUR, damit Kommunen gestiegene Kosten der Unterbringung finanzieren können, für 2016 Anschlussregelung vorgesehen
  - kommt große Herausforderung auf Kommunen zu, Zuwanderer zu integrieren -> kündigt auch hierfür Unterstützung Freistaat an

**Herr Dr. Jinah** gibt zu bedenken, dass schnellere Lösungen oft in Sackgassen führen. Weiter verweist er auf das Grundgesetz und das Menschenrecht auf Asyl.

**Herr Diedrichs** antwortet auf Fragen der Mitglieder sowie der Integrations- und Ausländerbeauftragten:

zu **Frau Winkler**:

#### Registrierung

- Asylbewerber durchlaufe vier Schritte:
  1. Behandlung beim Grenzübertritt durch Bundespolizei,
  2. ZAB-Registrierung sowie
  3. Erfassung im EASY-System (war in Vergangenheit Grundlage für Verteilung auf Länder, inzwischen nur noch teilweise) und Gesundheitsuntersuchung
  4. BAMF-Registrierung mit Erstanhörung und Antragstellung
- auf allen Stufen reichen vorhandene Kapazitäten nicht mehr, um mit Zugängen umzugehen, Registrierungen nicht mehr vollständig
- bauen Kapazitäten zur ZAB-Registrierung deutlich aus, Verlagerung auf 3 Standorte und mit entsprechenden Kapazitäten für Gesundheitsuntersuchung verbinden -> befindet sich in Dresden im Aufbau, aktuell zwei Gesundheitsstrecken -> Erhöhung auf vier um zeitnah Kapazität von 200 pro Tag abzubilden; in Chemnitz derzeit Kapazität von 150; in Leipzig Schaffung weiterer Kapazitäten von 200, weitere Gesundheitsstrecken in Planung, um tägliche Zuweisungen zu bewältigen
- BAMF-Registrierung liegt stark zurück, Land werde gezwungen, ohne BAMF-Registrierung in den kommunalen Bereich abzuverteilen; war schon am Jahresanfang so -> habe Nachregistrierung im kommunalen Bereich zur Folge, die verfahrensverzögernd sei, kommunale Nachregistrierung durch mobile Teams unterstützt, die das BAMF nunmehr eingerichtet habe
- Stand Anfang letzter Woche: gebe bisher keine BAMF-nicht-registrierten kommunalen Asylbewerber

#### Gesundheitsversorgung

- 2 Arten:
  1. am Tag in der Regel 1.-Hilfe-Versorgung in Erstaufnahmeeinrichtung (EAE)
  2. bei ernster Erkrankung: Konsultierung niedergelassener Arzt auf Basis Krankenschein (Kostenübernahme Landesdirektion)
- aufgrund der hohen Zuwanderungszahlen Ambulanz in Dresden eingerichtet, um niedergelassene Ärzte zu entlasten; soll auch in Chemnitz und Leipzig eingerichtet werden

#### Probleme bei Aktenübergabe von ZAB an Wohnort-AB nach positivem Asylverfahren, womit Elektronischer Aufenthaltstitel nicht ausgestellt werden kann (Fiktionsbescheinigung für Nutzung von Integrationsangeboten nicht ausreichend)

- kenne er nicht und bittet, ihm Detailinformationen zukommen zu lassen (Frau Winkler übergibt dazu ein Schreiben)

**zu Frau Stadträtin Siebeneicher:**Unterbringung

- versuchen, möglichst viele feste Unterkünfte für die Personen, die in Zelten untergebracht seien, zu akquirieren
- in Kürze der Zeit Behelfs- und Notlösungen erforderlich
- nun zuerst Freizug von nicht beheizbaren Zelten -> Nutzung von Behelfslösungen wie beheizbaren Zelten und Turnhallen auch über Winter
- weiterhin Nutzung von Hallen und leer stehenden Gebäuden, wie ehemaliger Real-Markt in Niederau
- parallel Neubau von EAEs in Chemnitz, Leipzig und Dresden in Planung; EAE am Hammerweg Ende 2016 Fertigstellungstermin; solange Behelfslösungen; dortiger Standard solle Regelstandard werden

Kinder- und Frauenschutz, Angebot für alleinstehende Frauen

- erfolgt Übergabe unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge an Jugendamt und Betreuung dem Kindeswohl entsprechend
- für schwangere Frauen Suche nach möglichst komfortablerer Unterkunft angestrebt, sei nicht in allen Fällen möglich
- in Betreiberverträgen für EAE (in der Regel Wohlfahrtsverbände) soziale Betreuung der Flüchtlinge geregelt

**zu Herrn Stadtrat Dr. Reuther:**

- erst wenn man Stabilisierung in Rahmenbedingungen und gewisse Klarheit über Planungsgrundlagen habe, könne in Planungsmodus für Aufnahmeeinrichtungen eingetreten werden; aktuelle Zahlen eigentlich nicht mehr handhabbar

Rückführungen

- Zielsetzung der Landes- und Bundesregierung: über Personen mit Bleibeperspektive möglichst schnell zu entscheiden und zu integrieren
- auch über Personen ohne Bleibeperspektive schnelle Entscheidung avisiert sowie möglichst schnelle Rückführung
- BAMF hat sich in seinen Entscheidungen auf Balkanländer konzentriert, wird verstärkt auch rückgeführt -> Zulauf aus dem Balkan deutlich zurückgegangen
- 2014 über 1.000 Personen rückgeführt, Zahl wird in 2015 voraussichtlich überstiegen
- seitens Bundesregierung Regelung in Gesetzgebungspaket eingebunden, wonach Personen aus dem Balkan, die Leistungen nach AsylbLG in Anspruch genommen haben, in einer bestimmten Frist auch keine Arbeitsgenehmigung in Deutschland erhalten
- werde Signal gesetzt, Anreize für Personen aus Ländern, die als sichere Herkunft gelten, zu reduzieren -> können auf legalem Weg mit Arbeitsvisum kommen

Finanzen

- Gelder kommen aus Haushalt aufgrund jahrelanger solider Haushaltswirtschaft der Landesregierung



zu **Herrn Stadtrat Drews:**

Zeitplanung Containerunterbringung Stauffenbergallee hinter Landesdirektion

- Baufertigstellung Ende 2015 geplant, Anfang 2016 Betriebsaufnahme
- Kapazität von 500 Plätzen
- ist zusätzliche Kapazität, dient nicht der Ablösung anderer Kapazitäten

Bau EAE Hammerweg – zeitliche Verkürzung Verfahren und Kapazität

- Baufertigstellung Ende 2016 geplant, Anfang 2017 Betriebsaufnahme
- Verfahrensverkürzung während des bereits begonnenen Verfahrens nicht sinnvoll (Kostenerhöhung/Zeitverzug durch neue Verhandlungen)
- auch Umplanung zur Kapazitätserhöhung bedeute in der Regel Bauverzug und Kostenerhöhung

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. **Herr Dr. Jinah** bittet Herrn Diedrichs, die Zahlen und Fakten schriftlich nachzureichen, was er zusagt.

## 2 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

**Herr Lippmann**, Leiter des Jugendamtes, berichtet zum Thema:

- Jugendamt bundesweit für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) zuständig
- SGB VIII regelt die Inobhutnahme; danach Jugendamt zuständig, wo umF aufgefunden werden
- Aufgabe bereits seit 25 Jahren, aber Umfang der Aufgabe gestiegen
- daher bisherige Regel nicht mehr fortführbar, viele umF in Städten mit günstigen Verkehrsverbindungen, also ungleichmäßig über Bundesgebiet verteilt (München aktuell 4.100 umF, rechnet bis Jahresende mit 6.200 insgesamt)
- Gesetzesentwurf sieht bundesweite Verteilung der umF vor, der derzeit diskutiert wird
- Inkrafttreten des Gesetzes ebenfalls noch in Diskussion, voraussichtlich zum 01.11.2015
- ab diesem Zeitpunkt erfolge Verteilung, jedoch ist zentrale elektronische Steuerung noch nicht installiert, erst frühestens Mitte Dezember 2015
- Meldung der umF erfolgt an das BAMF, was nach Königsteiner Schlüssel Verteilung auf Länder vornimmt
- am Donnerstag Gespräch mit Staatssekretärin Fischer, wie das ohne die technische Unterstützung erfolgen sollte
- mittel- und langfristige Aussagen derzeit nicht möglich, z. B. zur Qualität der Unterbringungsplätze (Grundlage Erlass des Sächsischen Staatsministeriums vom 25.09.2015)

Situation in Dresden:

- in 2015 bisher reichlich 100 Inobhutnahmen vollzogen (Kapazität Jugendnotdienst 18 Plätze)
- in der Regel schließt sich Hilfe zur Erziehung an bzw. Unterbringung im Rahmen § 13 (3) SGB VIII (betreute Wohnunterbringung, die gleichzeitig die Beschulung [Schulpflicht] ermöglicht)
- dafür Plätze bei freien Trägern geschaffen (Erlass ermöglicht bis zu 20 % mehr Plätze innerhalb einer Einrichtung bereitzustellen, ohne Tangieren Betriebserlaubnis)

- weiter Jugendherbergen angemietet (Rudi Arndt ab November mit 30 Plätze, ab Januar mit 50 Plätzen; Maternistraße etwa 30 Plätzen vereinbart)
- weiterhin mit freien Trägern über sogenannte Duldungsplätze gesprochen (Unterbringung außerhalb der Standards, falls das erforderlich werde)
- für Tagesbetreuung Jugendhilfewerkstätten aktiviert und Angebote in anderen Einrichtungen (auch private Anbieter), z. B. Euroschulen für sprachliche Ausbildung gebunden
- schon jetzt werden in Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) umF festgestellt, die nachweislich schon von anderen Jugendämtern kommen, obwohl sie dort hätten in Obhut genommen werden müssen -> Landesdirektion übergibt sie dann Dresdner Jugendamt
- für medizinische Betreuung Erlass der Landesregierung – danach sind Gesundheitsämter zuständig – Möglichkeit im Krankenhaus Dresden-Neustadt geschaffen – ab 01.11.2015 hat dann Gesundheitsamt Voraussetzungen geschaffen
- Transport sei Herausforderung:  
laut einer acht Wochen alten Schätzung stehen 23.000 umF zur Verteilung an – Logistik steht noch nicht  
laut Gesetzentwurf erstaufnehmende Jugendämter zur Verteilung verpflichtet
- 100 bis 150 Plätze seien zurzeit fest gebunden, 400 umF seien für Dresden im Gespräch
- derzeit werde sogenannte Clearingstelle mit Kapazität von 40 Plätzen geschaffen, wo Erstgespräch, medizinische Untersuchung sowie Erstunterbringung und –betreuung stattfinden sollen

**Herr Dr. Jinah** fragt, ob in dem Zusammenhang die Aufstockung des Personals geplant sei, insbesondere mit interkulturellen Kompetenzen (mehrsprachig) usw.

Die Betreuung der Clearingstelle sei in der Regel eine hoheitliche Aufgabe, so **Herr Lippmann**, die nicht an Träger abgegeben werden könne, zumindest teilweise. Das Besetzungsverfahren der geplanten 38 Stellen laufe. Räumlichkeiten würden parallel gesucht.

Auf die Frage von **Frau Stadträtin Malberg** erklärt **Herr Lippmann** weiter, dass zurzeit das SGB VIII vorschreibe, dass bis zum 18. Lebensjahr Kinder und Jugendliche in die Zuständigkeit der Jugendämter fallen und von Jugendämtern in Obhut zu nehmen seien. Gleichzeitig können 16-/17-Jährige Anträge auf Asyl stellen. Das habe in den vergangenen Jahren hin und wieder zu Problemen geführt. Der Gesetzesentwurf sehe vor, das Alter für den Asylantrag auf 18 Jahre anzuheben, um die gesetzliche Unschärfe zu konkretisieren. Details seien noch in der Fachdiskussion (etwa Vorbereitung des Asylantrags mit dem Vormund).

**Frau Stadträtin Malberg** schließt im Hinblick auf den nächsten Haushalt daraus, dass die Haushaltsposition der wirtschaftlichen Hilfen noch weiter steigen werde.

Das bestätigt **Herr Lippmann**. Man rechne derzeit mit einem Betrag pro umF (Overheadkosten und Kosten im Zusammenhang mit Inobhutnahme) zwischen 17 bis 48 TEUR p. a. Man kämpfe darum, dass die gesamten Kosten vom Freistaat übernommen werden, da die Kosten erheblich seien, die auf die Kommunen zukommen.

Auf die Rückfragen von **Herrn Stadtrat Drews** zu einem Realisierungskonzept der Schaffung der Plätze (Zeitplan, Art der Unterbringung zentral/dezentral), dem Ablauf in der Clearingstelle und ob eine Verwaltungsvorlage für den Stadtrat geplant sei, antwortet **Herr Lippmann**:

Mit der Liga der freien Wohlfahrtspflege und der Stadtliga sei abgestimmt, dass die umF möglichst dezentral in kleinen Einheiten untergebracht werden sollen. Man sei mit den freien Trägern im Gespräch. Derzeit würden etwa 700 Kinder stationär über Hilfen zur Erziehung von Dresden betreut. Davon seien 330 bundesweit auf Träger verteilt. Es sei davon auszugehen, dass diese Plätze nach ihrem Auslaufen nicht mehr für Dresden, sondern den dortigen Jugendämtern zur Verfügung stehen werden. Deswegen stehe man unter Druck, Plätze zu schaffen. Das hänge nur bedingt mit den umF zusammen.

Auch die Einrichtung der Clearingstelle sei noch im Gange. Es werden die nötigen Maßnahmen zur Ertüchtigung des Kinder- und Jugendnotdienstes auf dem Rudolf-Bergander-Ring geprüft, welche möglichst bis März 2016 abgeschlossen sein sollen. Solange müsse man auf die bis jetzt geschaffenen Plätze zurückgreifen.

Die Aufgabe der Clearingstelle sei die vorläufige Inobhutnahme, die mit einer gesundheitlichen Untersuchung, der Feststellung der Herkunft, der Identität sowie mögliche Rückführungsoptionen (widerspricht das dem Willen der Eltern/Ermittlung im In- und Ausland (bisher nur im Inland)) umfasse. Bei der vorläufigen Inobhutnahme solle das Jugendamt vormundschaftlich tätig werden, was neu sei.

Der Jugendhilfeausschuss sei bereits und werde erneut in der nächsten Sitzung informiert. Über Form der Information des Stadtrates werde er mit Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann sprechen.

Zur Finanzierung des Bereichs (Frage von **Herrn Stadtrat Muskulus**) erklärt **Herr Lippmann** weiter, dass dies im § 89 d Abschnitt 1 und 3 SGB VIII geregelt sei. Danach benenne das Bundesamt ein Jugendamt (was nach einem Verteilerschlüssel ermittelt werde), dem die Kosten im Rahmen der Kostenerstattung in Rechnung gestellt werden. Die künftige Regelung sei noch offen. Im Moment trage die Landeshauptstadt Dresden die Kosten für die Mitarbeiter im Allgemeinen sozialen Dienst, Amtsvormundschaften etc.

Die Altersfeststellung von umF in Dresden (Frage von **Herrn Stadtrat Muskulus**) erfolge auf Basis einer Arbeitsanweisung, wonach eine qualifizierte Alterseinschätzung durch sozialpädagogische Mitarbeiter vorgenommen werde. Das sei das im Moment fachlich anerkannte Verfahren, was die Bundesarbeitsgemeinschaft der unbegleiteten ausländischen Minderjährigen empfehle. Eine medizinische Altersfeststellung erfolge nicht.

**Herr Lippmann** informiert auf Nachfrage von **Herrn Stadtrat Drews**, der große Einrichtungen für die Unterbringung der umF für ungeeignet halte, dass auf die Anfrage der Landeshauptstadt Dresden die betriebserlaubniserteilende Behörde mitgeteilt habe, dass entsprechend des Erlasses Einrichtungen bis maximal 60 Plätze genehmigungsfähig seien. Damit werden größere Einrichtungen nicht mehr verfolgt.

**Frau Stadträtin Siebeneicher** interessiert die Integration der umF, z. B. durch Einrichtung zusätzlicher Klassen, Jugendtreffs etc. und insbesondere welche Ideen/Maßnahmen bereits entwickelt worden seien. Sie betont die Wichtigkeit der Aufgabe, um die Nachsorgekosten zu reduzieren, und bittet, diese Informationen auch in die Mitteilung an den Stadtrat einfließen zu lassen sowie auch den Integrations- und Ausländerbeirat zu informieren.

**Herr Lippmann** regt an, das Jugendamt in der nächsten Zeit immer wieder zu dem Thema einzuladen. Zwar werde an einem Verfahren zur schnelleren Information der Stadtratsgremien gearbeitet. Allerdings sei die Zeit schnelllebig und es gebe stetige Veränderungen.

Aus der Erfahrung berichtet er, dass die jugendlichen umF schnell eine Mobilität entwickelten, sich in der Stadt zu bewegen. Weiter werde die allgemeine Schulpflicht wahrgenommen. Die Jugendlichen würden vom Jugendamt im Rahmen der Möglichkeiten begleitet, was im Benehmen mit den freien Trägern ganz gut gelinge. Einige freie Träger übernehmen jetzt auch die Tagesbetreuung mit. Aber man werde nicht ausreichend Angebote machen können. U. a. reichten die Dolmetscher dafür nicht aus. Er sieht eine Chance in der Zusammenarbeit mit den freien Trägern, damit die Integration gelinge.

Was die Akquise von Gast- und Pflegefamilien anbelange (Frage von **Frau Stadträtin Siebeneicher**), so versuche das Jugendamt, auch diese Möglichkeiten zu nutzen. Die Kampagne für Pflegeeltern (nicht nur auf umF beschränkt) sei erst gelaufen. Ein Interessenbekundungsverfahren folge in Kürze, wo man Gastfamilien aus den Herkunftsländern der Flüchtlinge suche, die hier schon „angekommen“ seien, um den Jugendlichen die Integration zu erleichtern.

**Herr Dr. Jinah** dankt für die Ausführungen. Er kündigt an, dass der Beirat auf das Angebot von Herrn Lippmann zu gegebener Zeit zurückkommen werde, ihn erneut in den Beirat einzuladen.

### **3 Vorstellung des Oberbürgermeisters Dirk Hilbert**

Der Beiratsvorsitzende begrüßt Herrn Oberbürgermeister Hilbert.

Der Oberbürgermeister teilt mit, dass die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ein wichtiges Thema sei. Aufgrund der aktuellen Situation stehe eine möglichst menschenwürdige Unterbringung der der als Kommune zugewiesenen Flüchtlinge im Mittelpunkt. Das sei eine große Herausforderung für alle Kommunen. Weiter sei die Integration wichtig, da das Thema die Kommunen sonst noch vielfach stärker einhole, als man es gerade beim Thema Unterbringung erlebe. Für Dresden sei außerdem zu beachten, dass man einen großen Anteil an Personen in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Freistaates und gleichzeitig Personen habe, die der Kommune selbst zugewiesen werden. Da die Möglichkeit der Integration wichtig sei (u. a. durch Angebote, die Sprache zu lernen und einen geregelten Tagesablauf zu schaffen, um eine Eingliederung ins Arbeitsleben vorzubereiten), werde er diese Woche weitere Gespräche führen, um mit der Vorbereitung zum Thema Beschäftigung deutlich weiter zu kommen. Derzeit habe die Stadt 200 Arbeitsgelegenheiten geschaffen, was im Verhältnis zur Zahl der Flüchtlinge „ein Tropfen auf den heißen Stein“ sei. Er lasse derzeit eine Aufstockung prüfen. Grundlage dafür sei jedoch, die Biografie und Potenziale des einzelnen Flüchtlings herauszufinden.

Da für eine spätere Arbeitsaufnahme insbesondere das Erlernen der Sprache wichtig sei, freue er sich über Arbeitgeber, die hier Unterstützung geben, z. B. beim Sprachangebot. Auch eine Reihe von Wissenschaftseinrichtungen biete Praktika-Plätze an. Solche Maßnahmen tragen dazu bei, Konfliktpotenziale zu minimieren und Perspektiven zu eröffnen. Daher engagiere er sich für die Verknüpfung von sozialem Bereich, dem Amt für Wirtschaftsförderung sowie mit Unternehmen und der Agentur für Arbeit. Er wolle das in eine größere Veranstaltung münden lassen. Hierzu befinde er sich ebenfalls in Gesprächen.

Derzeit werde viel zum Thema Flüchtlinge diskutiert. Jedoch gebe es in Dresden auch viele Menschen mit Migrationshintergrund, die hier in den verschiedensten Einrichtungen studieren, leben und arbeiten und das teils schon viele Jahre, sodass sie bei der Betrachtung nicht vergessen werden sollten, denn auch sie haben Ängste. Damit gelte es, sich auseinanderzusetzen. Er avisiere Multiplikatoren, weshalb er versuche, möglichst viele Unternehmen einzubinden, und auch über die vielen Initiativen vor Ort dankbar sei, die den persönlichen Kontakt suchen. Je besser es gelinge, persönliche bilaterale Partnerschaften aufzubauen, umso mehr werden gegenseitige Ängste und Vorurteile genommen. Er sei offen für weitere Vorschläge auch aus dem Integrations- und Ausländerbeirat. Nicht alles könne administrativ erfolgen, sodass das bürgerchaftliche Engagement vor Ort wichtig sei.

Momentan werden alle guten Vorsätze davon überlagert, dass niemand sagen könne, wie es weitergehe und ob man die Gesellschaft mit der Dynamik der Zuwanderung überfordere. Das gelte bundesweit. Kommunal könne man das nur bedingt beeinflussen, sodass man versuche, in den regionalen Zuständigkeiten Voraussetzungen zu schaffen, die ein gutes Miteinander ermöglichen, damit Dresden von dem „angekratzten“ Image wegkomme.

**Herr Dr. Jinah** äußert den Wunsch des Beirates zu einer engen, guten Zusammenarbeit mit dem Oberbürgermeister. Mit dem Thema „(Alltags-)Rassismus“ sei der Beirat konfrontiert und es spalte auch die Gesellschaft. Ihm sei wichtig, dass Migration nicht Betrug sei und Angst verbreite, sondern eine Bereicherung sei. Der Beirat setze sich für Weltoffenheit ein.

**Frau Stadträtin Malberg** berichtet, dass nach der gestrigen Ausschusssitzung PEGIDA am Rathaus vorbeigelaufen sei. Dabei habe sie festgestellt, dass dort „normale“ Bürger und Familien mitlaufen, also nicht nur rechte Anhänger. Zur Frage, warum sie dort mitlaufen, sei ihr geantwortet worden, dass die Politik der Bevölkerung nicht mehr zuhöre. Sie schlussfolgert daraus, wenn man diese Leute außen vor lasse, lasse man ein Stück der Gesellschaft außen vor. Wenn man mit den Leuten spreche, habe man ein anderes Bild. Sie erinnert sich an das Geschehen vor 25 Jahren, als auch gesagt worden sei, man solle die Menschen gehen lassen, man brauche sie nicht. Es mache ihr Angst, dass die Menschen in Klassen eingeteilt würden. Wenn man diese Menschen beschimpfe, erreiche man das Gegenteil von dem, was man wolle, nämlich die Leute mitzunehmen.

**Herr Oberbürgermeister Hilbert** erklärt, er wolle alles dafür tun, damit die Menschen sehen, die bisher mitgelaufen seien, dass die Thematiken ernst genommen werden. Momentan müssten wöchentlich 100+ Personen untergebracht werden. In der Nachbarschaft dieser Objekte finde sich immer jemand, der davon nicht begeistert sei. Die Schwierigkeit sei, die vorhandenen Ängste abzubauen. Die Menschen seien nicht ohne Not geflüchtet.

Derzeit nehme dieses Thema etwa 70 % seiner Arbeit ein. Dies sei eine herausfordernde Situation für alle, mit der man sich auseinandersetzen müsse. Er sei für bessere Ideen offen. Jedoch habe er die humanitäre Verpflichtung, die zugewiesenen Personen unterzubringen. Er versuche, dass dies auch weiterhin relativ kleinteilig erfolge. Die Vorverurteilung sei ein Problem. Die Herausforderung sei für die Menschen in unserer Region außerdem insofern etwas größer, dass man nahezu in einer relativ kurzen Zeit eine Verdopplung der Menschen mit Migrationshintergrund bekommen habe.

**Frau Bastet** warnt vor der Ignoranz des alltäglichen Rassismus in dieser Stadt und den man montagabends erlebe. Sie warnt vor einer Verharmlosung PEGIDAS. In diesem Gremium sollten die Sorgen und Ängste der Migrantinnen und Migranten im Fokus stehen, die unter der Entwicklung am meisten zu leiden haben.

Sie plädiert für die Botschaft, dass es zwar eine Pflicht sei, aber dass sie schaffbar sei. Man solle den Menschen hinter dem Flüchtling zu sehen. Es gelte Mut zuzusprechen und herauszustellen, dass das mitnichten ein unlösbares Problem sei und man die Herausforderung annehme.

**Frau Stadträtin Siebeneicher** sieht in dem Integrationskonzept der Landeshauptstadt Dresden eine gute Grundlage, die es gelte gemeinsam mit der Verwaltung schnell umzusetzen, sodass mehr Sensibilität für die Menschen herrsche, die neu in die Stadt kommen. Sie wünsche sich konkrete Ansprechpartner für die konkreten Maßnahmen des Konzeptes. Ferner sollten dessen Themen auch in diesem Gremium aufgegriffen werden, da Integration und Migration ein Querschnittsthema sei. Sie bittet den Oberbürgermeister, das Gremium auch bei der Festlegung von Beratungsfolgen von Vorlagen und Anträgen zu berücksichtigen.

Auch das Lokale Handlungsprogramm für Demokratie und Toleranz und gegen Extremismus sei ihr wichtig. Der in der letzten Beiratssitzung vorgestellte Zeitplan sei ambitioniert. Sie spricht dafür, in der Konferenz möglichst auch Migrantinnen und Migranten einzubeziehen, um eine breite Plattform für eine Diskussion zu schaffen.

Bei aller Diskussion um die Kosten im Zusammenhang mit den Flüchtlingen sieht sie auch die Chance eines Konjunkturprogramms für Deutschland und Dresden.

**Herr Taphorn** kann die Menschen, die montags demonstrieren, verstehen, wozu er auch gehöre. Menschen auf beiden Seiten hätten Angst. Auch die Befürchtungen gegenüber rechtsradikalen Tendenzen könne er nachvollziehen.

Gleichzeitig mache es den Menschen Angst, wenn der Vertreter des Sächsischen Innenministeriums sage, man fahre auf Sicht, könne nicht planen und die Flüchtlingszahlen stiegen stetig weiter. Das sei schwierig und habe nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun. Die Wenigsten, die montags demonstrieren, seien als Ausländerfeinde zu bezeichnen. Vielmehr sei die Situation nicht mehr überschaubar. Man müsse wieder Handlungsfähigkeit gewinnen. Die Landeshauptstadt Dresden solle zeigen, dass sie gedenke, langfristiger zu planen. So müsse bei geplanten Flüchtlingsunterkünften die Kommunikation mit den Bürgern wesentlich früher ansetzen. Er plädiert für den Dialog mit allen, um die drohende gesellschaftliche Spaltung zu überwinden.

**Frau Domingo** versteht die Sorgen, aber die Spaltung der Stadt betreffe auch die Migranten sehr stark. Sie bestätigt Rassismus, z. B. wenn man in der Straßenbahn eine andere Sprache spreche. Die steigenden Flüchtlingszahlen seien europaweit zu verzeichnen. Kritisch sieht sie, dass es nur in Sachsen und Dresden so gewalttätig werde. Deswegen sei Bildung sehr wichtig, wozu sie sich städtischerseits Unterstützung wünscht. Nicht nur die Bevölkerung habe Sorgen, alle haben Sorgen. Trotzdem müssten alle zusammenleben.

**Herr Dr. Jinah** berichtet von seinem Engagement, zu signalisieren, dass Migranten friedlich seien. So habe er mit fünf weiteren Personen mit Migrationshintergrund vor dem NPD-Haus in Pirna demonstriert und die Namen der Opfer rechter Gewalt seit 1990 in Deutschland vorgetragen. Sie wollten ein Zeichen für friedliche Meinungsäußerung setzen und anderen Anregung geben, es ihnen gleich zu tun.

**Herr Oberbürgermeister Hilbert** bedankt sich abschließend und bietet dem Beirat an, soweit es sein Terminkalender zulasse, ab und an zur Sitzung des Gremiums hinzuzukommen.

- |          |  |                              |
|----------|--|------------------------------|
| <b>4</b> | <b>Errichtung eines Wohnheims für besondere Bedarfsgruppen als öffentliche Einrichtung gemäß § 7 Abs. 4 Buchstabe I der Hauptsatzung i. V. m. § 10 Abs. 2 der SächsGemO (Sächsische Gemeindeordnung) im Objekt „Försterlingstraße 20“ in 01259 Dresden, Gemarkung Laubegast, Flurstück Nr. 513</b> | <b>V0532/15<br/>beratend</b> |
|----------|--|------------------------------|

**Frau Dr. Cordts**, Leiterin des Sozialamtes, bringt die Vorlage ein. Sie weist auf einen Fehler im Titel der Vorlage hin. Das Wohnheim befinde sich in der Gemarkung Leuben.

**Herr Stadtrat Muskulus** greift Diskussionen auf, die Asylbewerber nach Geschlecht, Herkunft und/oder Religion zu trennen. Die Fraktion DIE LINKE. spreche sich gegen solche Überlegungen aus. Er fragt, ob es dennoch in Dresden solche Planungen gäbe.

**Frau Dr. Cordts** teilt mit, dass über die zugewiesenen Personen meist nur wenige Informationen vorliegen. Die Clearingstelle diene dazu, mehr über die Personen zu erfahren (u. a. Bildung, Abschlüsse). Um das Konfliktpotenzial zu minimieren, werden die Zimmer möglichst mit Personen einer Religion belegt, was sich bewährt habe. Für die Integration sei aber wichtig klarzustellen, welche Ziele im Grundgesetz und welche Lebensformen man in Deutschland habe. Räumlichkeiten von Männern und Frauen blieben aber grundsätzlich voneinander getrennt.

**Frau Bastet** bittet um Auskunft zur Einbindung der Nachbarschaft und der Vorbereitung präventiver Maßnahmen gegen rassistische Motivierung vor Ort und wie ein möglichst integratives Umfeld für die Einrichtungen geschaffen werde.

**Frau Dr. Cordts** informiert, dass man mit Initiativen vor Ort in Verbindung stehe und auch mit ihnen zusammenarbeite (z. B. bei Bürgerinformationsversammlungen). Auch Kirchengemeinden seien involviert. Die nachbarschaftlichen Beziehungen sollen so gestaltet werden, dass eine Akzeptanz ermöglicht werde.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. **Herr Dr. Jinah** stellt die Vorlage zur Abstimmung. Der Integrations- und Ausländerbeirat ist beratend tätig.

**Abstimmungsergebnis:** Zustimmung Ja 11 / Nein 0 / Enthaltung 3

## 5 Informationen und Sonstiges

### Budgetverwendung 2015

**Herr Dr. Jinah** informiert die Mitglieder über das Schreiben der Verwaltung zur bisherigen Budgetverwendung in 2015 (Anlage zur Niederschrift).

Bezüglich der monatlich ausgewiesenen Miete berichtet er, dass für die beim Ausländerrat Dresden e. V. eingelagerten Sachen des Ausländerbeirates monatlich 50 EUR für die Lagerung anfallen.

Weiter erläutert er die Notwendigkeit, für die Öffentlichkeitsarbeit ein größeres Zelt/einen Pavillon für den Stand des Ausländerbeirates anzuschaffen. Darüber hinaus benötigen die Beiratsmitglieder Visitenkarten und der Beirat selbst Flyer. Diese sollen auch aus dem Budget finanziert werden. Ferner habe er im Dezember 2015 eine Klausurberatung an einem Wochenende geplant, wofür für Raum und Referenten Mittel eingeplant werden müssten.

**Frau Winkler** fragt, wie viel Material beim Ausländerrat eingelagert sei. Die Frage sei, könnten die Sachen nicht im Rathaus untergebracht werden, damit das Geld spätestens ab dem nächsten Jahr für inhaltliche Arbeit zur Verfügung stehe. Sie regt an, den Umfang zu prüfen und bietet in Abhängigkeit vom Umfang an, dieses in ihrem Büro unterzustellen.

**Herr Dr. Jinah** stimmt ihr zu.

**Herr Stadtrat Muskulus** erinnert sich, dass sich Herr Vincze bei Übernahme des Beiratsvorsitzes von Herrn Lalonde um eine Lagerung im Rathaus bemüht habe, aber kein Raum frei gewesen sei, sodass der Ausländerrat ausgeholfen habe.

**Frau Yefremova** bestätigt, dass das jetzige Zelt des Beirates für Öffentlichkeitsarbeit ungeeignet sei. Es biete keine Möglichkeit für Gespräche. Sie weist darauf hin, dass aber auch die langfristige Vorbereitung solcher öffentlichen Termine sei wichtig.

**Herr Dr. Jinah** schließt den Punkt im Einvernehmen mit den Beiratsmitgliedern mit folgender Festlegung:

1. Die Mitglieder stimmen einvernehmlich zu, das verbleibende Budget für folgende Zwecke zu nutzen:
  - Anschaffung eines Zeltes für die Öffentlichkeitsarbeit des Beirates
  - Visitenkarten für die Beiratsmitglieder
  - Flyer des Integrations- und Ausländerbeirates



2. Des Weiteren wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob die beim Ausländerrat Dresden e. V. untergestellten Sachen des Beirates, für die eine monatliche Miete anfällt, in einem Objekt der Landeshauptstadt Dresden untergestellt werden können.

Die Integrations- und Ausländerbeauftragte bietet an, in Anhängigkeit vom Umfang der Sachen eine Unterstellung in ihren Räumlichkeiten zu prüfen.

#### Präsenz des Integrations- und Ausländerbeirates

**Herr Dr. Jinah** berichtet von seinen Erfahrungen, seit er den Beiratsvorsitz übernommen habe. Er betont, dass es Veranstaltungen gebe, wo das Gremium, insbesondere die Mitglieder mit Migrationshintergrund, präsent sein sollte, wie bei den Interkulturellen Tagen. In dem Zusammenhang bittet er für die Zukunft, fest vereinbarte Termine auch einzuhalten. Außerdem wünscht er sich, dass er Veranstaltungen, beispielsweise gegen Rassismus oder für Flüchtlinge, nicht als einziges Mitglied teilnehme.

**Frau Domingo** bittet darum, dass dann künftig auch übermittelt werde, um was es sich genau handle und ggf. welche Unterstützung benötigt werde.

**Frau Winkler** bekräftigt das Anliegen von Herrn Dr. Jinah. Auch sie habe den Beirat zur Eröffnungsveranstaltung der Interkulturellen Tage vermisst. Es seien nur wenige Mitglieder gekommen, obwohl jedes Mitglied eine persönliche Einladung des Ersten Bürgermeisters erhalten habe. Gerade zu diesem Termin, wo einmal im Jahr viele engagierte Personen zusammenkommen, bedauert sie das.

#### Umsetzung des Integrationskonzeptes - Besetzung der Koordinierungsgruppe sowie der AG 5

**Herr Dr. Jinah** verweist auf ein Schreiben von Frau Winkler, wonach durch den Beirat jeweils ein Platz in der Koordinierungsgruppe (Leitungsgremium über alle 5 Arbeitsgruppen) sowie der AG 5 zu besetzen seien.

**Frau Winkler** betont, dass eine regelmäßige Mitarbeit mit der Benennung verbunden sei. Des Weiteren vertreten die benannten Mitglieder den Integrations- und Ausländerbeirat. Ferner übernehmen sie die Aufgabe, die dort besprochenen Inhalte wieder in den Beirat zurückzugeben.

Die Mitglieder **Herr Dr. Jinah, Herr Maks, Frau Domingo** sowie **Herr Bui** melden ihr Interesse an der Mitarbeit an. Nach einem kurzen Austausch einigt man sich einvernehmlich wie folgt:

**Festlegung:**

Seitens des Integrations- und Ausländerbeirates werden folgende Mitglieder für die Mitarbeit gemeldet:

Koordinierungsgruppe	<i>Herr Dr. Jinah</i>
AG 5: „Gesellschaftliche und soziale Integration, Selbstorganisation und politische Teilhabe; Kulturelle Vielfalt; Sprachförderung für Asylsuchende“	<i>Herr Maks</i>

Für mögliche unbesetzte Plätze in den beiden Gruppen werden *Frau Domingo* sowie *Herr Bui* vorgemerkt.

Weitere Beratungsthemen liegen nicht vor. **Herr Dr. Jinah** schließt die Sitzung.

Dr. Hussein Hasham Jinah  
Vorsitzender

Manuela Richter  
Schriftführerin

Vincent Drews  
Stadtrat

Dirk Taphorn  
Mitglied